liegenden Industrie ebenfalls Gas in billiger Weise zur Verfügung stellen können.

Also fördern Sie die Bestrebungen der Aktiengesellschaft für Kohleverwertung, die in erster Linie für uns im Westen in Betracht kommt, wo immer Sie können. Es bedeutet einen ganz gewaltigen Fortschritt Deutschlands gegenüber der Produktionswirtschaft der übrigen Welt, wenn es gelingt, die im Ruhrbezirk als Nebenprodukt abfallenden großen Mengen Koksgas rationell zu verwerten.

Tagung „Wirtschaft in Not" des Bayerischen Industriellen-Verbandes in München am 24. März 1931.

Die Ansprache erschien in der Veröffentlichung des Bayerischen Industriellen-Verbandes E. V. Nr. 11 „Wirtschaft in Not". Ein Auszug aus dieser Rede ist in dem Buch „Deutschlands Weg an der Zeitenwende", das von Universitäts-Professor Dr. Karl Haushofer und Dr. Kurt Trampler herausgegeben wurde, erschienen.

Gegenwarts- und Zukunftsprobleme der deutschen Industrie.

Meine Herren!

Mit äußerster Kraftanspannung der ganzen Nation und unter schwersten Opfern ist es — gottlob! — gelungen, den katastrophalen Krisenwinter 1930/31 ohne Störung der öffentlichen Ordnung zu überwinden. Wie aber in der Natur neues Leben durch die Schnee- und Eisdecke des Winters sich Bahn bricht und die ersten Knospen den kommenden Frühling künden, so lassen auch in unserer deutschen Wirtschaft vereinzelte Anzeichen die baldige Sprengung des lähmenden Druckes der Krise erhoffen.

Ich denke an den Höchststand der Arbeitslosigkeit, der jetzt, so hoffen wir, überwunden ist. Der Handel schreitet infolge der geleerten Läger wieder zu zunehmenden Bestellungen. In einzelnen Zweigen der Textilindustrie ist bereits eine allmähliche Belebung festzustellen. In den Hauptländern der Rohstoffproduktion beginnt sich das Anziehen der Rohstoffpreise wieder in Nachfragezunahme umzusetzen, die letzten Endes den Exportindustrien zugute kommen muß. Auch die Börse hat schon in ihrer feinen Empfindsamkeit auf die ersten fühlbaren Anzeichen der kommenden Besserung reagiert. Dies war ihr um so leichter möglich, als die Aktienkurse in vielen Fällen, sogar unter Berücksichtigung des noch herrschenden hohen Zinssatzes, heute noch weit unterhalb des realen Wertes der Aktien liegen. Ich bin mir bewußt, daß diese ersten schwachen Anzeichen auch zum Teil saisonbedingt sind. Aber bei jedem Konjunkturumschwung ist es ein relativ sehr kleiner Anstoß, der die Unternehmungslust wieder wachruft, dem Kapital Anlagereiz bietet und so die Räder wieder zum Drehen und die Schornsteine wieder zum Rauchen bringt.

Selbst wenn auch die völlige Überwindung des Tiefstandes und die wirkliche Belebung unserer Wirtschaftslage noch bis zum Herbst andauern sollte: Aufgabe eines mutigen und wagenden Unternehmertums und Aufgabe einer vernünftigen und zielbewußten Regierung wird es sein, die ersten schüchternen Frühlingspflanzen der Belebung zu hegen und zu pflegen und günstigen Boden für ihr Wachstum und für ihr Blühen und Gedeihen zu schaffen.

Ebenso wichtig wie neues Wollen, neues Wagen und neuer Mut unternehmender Menschen gerade im jetzigen Zeitpunkt ist, ebenso unerläßliche Voraussetzung für einen gesunden und wohlfundierten Konjunkturumschwung ist eine klare und zielbewußte Wirtschaftspolitik des Staates, die aus den schweren Fehlern des vergangenen Jahrzehntes gelernt hat. Sie darf nicht an Dogmen und politischen Prestigefragen festhalten, sondern muß das begonnene Reformprogramm so ausbauen, daß alle Ursachen gründlich beseitigt werden, die uns in die schwere, jetzt bald zwei Jahre dauernde Krise hineingetrieben haben.

Welche Forderungen sind nun für die künftige Gestaltung der Wirtschaftspolitik zu erheben?

Die Beantwortung dieser Frage erheischt entsprechend der Verschmelzung unserer deutschen Krise mit der weltwirtschaftlichen Krise eine Zweiteilung des Problems:

1. Maßnahmen, die die innerdeutschen Hemmungen beseitigen und eine Belebung einleiten sollen.

2. Internationale Maßnahmen zur Überwindung der Hemmungen, die der weltwirtschaftlichen Belebung im Wege stehen.

Ich weiß, daß keine der beiden Aufgaben für sich allein betrieben zum Ziele führen kann. Es handelt sich heute darum, auf beiden Gebieten, national wie international, die Kräfte der Einsicht und der Vernunft, des klaren Willens und der Energie aufzurufen, um die politische Sturheit und Verranntheit, die mit roher Gewalt in das feingliedrige Räderwerk der wirtschaftlichen Beziehungen der Welt eingegriffen und den ganzen Apparat so gut wie zum Stillstand gebracht haben, zu überwinden und mit dem Siege der Vernunft eine neue Ära des wirtschaftlichen Wohlergehens der Völker heraufzurufen.

Trotzdem so die endgültige Überwindung der Weltkrise und damit auch des deutschen Weltkrisenanteils nur von dieser Seite her kommen kann, ist doch die vorherige Konsolidierung der wirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands von entscheidender Bedeutung. Derjenige wird aus einer Belebung des Wirtschaftsablaufes in der Welt den größten Nutzen ziehen können, der innerlich gekräftigt und gerüstet ist und sich so erfolgreich im Wettbewerb der Völker auf den Märkten der Welt durchsetzen kann.

Dazu kommt, daß eine neue Regelung der Reparationen, über die noch zu sprechen sein wird, nur dann für uns erfolgreich werden kann, wenn unsere Wirtschaft in sich die Kraft hat, einen länger andauernden Verhandlungszeitraum ertragen zu können, und wenn nicht, wie es bei den

Young-Plan-Verhandlungen war, hinter dem Stuhl der Verhandlungsführer ständig das drohende Gespenst krisenhafter Katastrophen in der Heimat steht.

Meine Herren! Die innerwirtschaftlich begründete Ursache der deutschen Krise ist in der Überspannung des Belastungsbogens bei Konsumtion und Produktion zu suchen. In der Konsumtion wirkte sich diese Tatsache in einem ständigen Kaufkraftschwund aus. Sind doch im Jahre 1929 mehr als 30% des deutschen Volkseinkommens, 1930 sogar über 40%, für öffentliche Zwecke in Anspruch genommen worden. Bei der Produktion wirkte sich die überspannte Belastung im Zusammenhang mit den übrigen Kostenfaktoren, wie zu hoher Lohn, gesteigerte Sozialabgaben und zu hoher Zins als ruinöse Existenzgefährdung aus, wenn auch die einzelnen Faktoren in der industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion verschieden zur Geltung kommen.

Für die Notlage der landwirtschaftlichen Produktion ist neben der steuerlichen Belastung die Verschuldung und infolge der Übererzeugung die Absatznot bestimmend. Die Absatznot läßt sich kaum durch ein dauerndes Emporschrauben von Agrarzöllen beseitigen. Die tiefste Ursache europäischer landwirtschaftlicher Not ist in der technisierten Bebauung riesiger Agrarflächen Nord- und Südamerikas und in der Rationalisierung tropischer Anbauflächen zu suchen. Die nordischen Staaten, wie Dänemark, Holland, sogar Litauen und Finnland, haben aus der Tatsache, daß auf dem Gebiet der Getreidewirtschaft mit den Kosten der landwirtschaftlichen Produktion Nord- und Südamerikas nicht konkurriert werden kann, rechtzeitig die Schlüsse gezogen und sich weitgehend auf agrarische Veredelungsprodukte umgestellt. Die deutsche Landwirtschaft wird darauf ihr Hauptgewicht legen müssen. Es wurde in einsichtigen Kreisen der Landwirtschaft in letzter Zeit wiederholt betont, daß es nicht im Interesse der Landwirtschaft liegt, auf die Dauer als notleidend auf Staatshilfe angewiesen zu sein. Man will so bald wie möglich wieder durch eigene Rentabilität zur sicheren Existenzgrundlage kommen. Dazu ist allerdings neben der Beseitigung der drückenden steuerlichen Belastung und neben der Konvertierung der landwirtschaftlichen Verschuldung zu tragbaren Zinssätzen Selbsthilfe in Produktion und Absatz unumgänglich. Wesentliche Voraussetzung für eine Gesundung der Landwirtschaft und damit auch für die Belebung des Binnenmarktes ist aber eine rentabel produzierende Industrie. Die Einschaltung des Arbeitslosenheeres durch die volle Ausnutzung des industriellen Apparates bringt an sich schon eine derartige Steigerung der Kaufkraft industrieller Arbeitermassen, daß damit rückwirkend Stauungen im Absatz agrarischer Produkte beseitigt werden können. Landwirtschaft und Industrie sind also am Binnenmarkt gegenseitig eng aufeinander angewiesen.

Was ist nun zur Belebung der industriellen Produktion notwendig?

Meine Herren! In der Industrie hat der hohe Selbstkostendruck Verringerung des Exports, teilweise Vernichtung der Rentabilität und damit Einschränkung der Produktion gebracht. Voraussetzung für jede Belebung ist

also die Wiederherstellung der deutschen Konkurrenzfähigkeit und die Ermöglichung einer rentablen Produktion. Für beides ist eine Selbstkostenreduzierung erforderlich.

Wie kann dies im einzelnen geschehen?

Die deutsche Industrie hat heute noch mit einer Zinsbelastung von 8 bis 12% und darüber zu rechnen, gegen eine Zinsbelastung der amerikanischen Industrie mit 4 bis 10%, der englischen Industrie mit 4 bis 6% und der französischen Industrie mit 2 bis 4%. Es ist kaum denkbar, daß die deutsche Privatwirtschaft unter diesem hohen Zinsdruck einer Verschuldung von etwa 53 Milliarden Reichsmark wieder zur vollen Arbeitsfähigkeit emporsteigen kann. Es wird auch hier notwendig sein, sobald wie möglich Konvertierungen zu billigen Zinssätzen durchzuführen. Wir müssen eben alle nach einer so schweren Krise, die das Gebäude unserer Wirtschaft bis in die Grundfesten erschüttert hat, einfacher und bescheidener leben und uns den Gürtel enger schnallen. Jeder muß zu seinem Teil mit an dem Verlust, den die Krise der Gesamtwirtschaft zugefügt hat, tragen.

Dies gilt besonders auch für den Staat und den staatlichen Finanzbedarf. Abgesehen von den Verpflichtungen aus dem Young-Plan ist der öffentliche Finanzbedarf vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1929/30 von 7,2 auf 20,5 Milliarden Reichsmark gestiegen, also um 185%. Die Aufbringung dieser schweren Steuerlast steht in unüberbrückbarem Gegensatz zu jeder Belebung der Wirtschaft. Es muß also noch viel mehr als bisher in Reich, Ländern und Gemeinden aufs schärfste gespart und immer wieder gespart werden.

In engem Zusammenhang mit dem notwendigen Aufgabenabbau in Reich, Ländern und Gemeinden steht auch die schleunige Bereinigung all der Fälle, in denen mit öffentlichen steuerfreien Betrieben der Privatwirtschaft Konkurrenz gemacht wird, einer Privatwirtschaft, von der man die Aufbringung der Steuern erwartet, die dann zur Deckung der Defizite dieser Experimentalbetriebe herangezogen werden. Zweifellos liegen auch hier in größtem Umfange Fehlinvestitionen mit Anleihemitteln vor, die jetzt als Zins- und Amortisationszahlungen den Bürgern zur Last fallen.

Eine weitere Erfahrungstatsache, die die Krise gelehrt hat, ergibt sich auf dem Gebiete der Lohngestaltung. Dem Einsatz der politischen Macht ist es gelungen, die Lohnfestsetzung aus der Bedingtheit wirtschaftlicher Tatsachen herauszulösen und in das starre System einer unabdingbaren Tarifgestaltung zu pressen. Man hoffte mit diesem Panzergürtel die einmal in günstiger Konjunkturlage erreichte Lohnhöhe für alle Zeiten stabilisieren zu können. Man hat sie stabilisiert, aber auf Kosten eines Arbeitslosenheeres von 5 Millionen, das durch die zusammenbrechenden Betriebe keine Möglichkeit der Arbeit findet. Das Prinzip hat gesiegt auf Kosten des Lebens. Es ergibt sich die klare Folgerung, daß auch die Löhne an das Auf und Ab des Konjunkturverlaufs angeglichen werden müssen. Das setzt allerdings ein Aufgeben des starren Prinzips der allgemeinverbindlichen Tarife zugunsten dynamischer Tarifvereinbarungen voraus.

Daß sich die Löhne bisher weder der schlechten Konjunktur noch der in letzter Zeit gestiegenen Kaufkraft angepaßt haben, ergibt sich auch aus einer Untersuchung, die ich in einem der größten Werke meiner Firma, der I. G., nach dem Durchschnitt des Effektivverdienstes anstellen ließ. Ich habe festgestellt, daß von 1913 bis 1931 der wöchentliche Nominallohn eines gelernten Arbeiters von 35 auf 62, also um 27 RM gleich 77% gestiegen ist, während der Reallohn von 35 auf 44,30, also um 9,30 RM gleich 26% gestiegen ist. Dabei liegt 1913 der Berechnung eine 54stündige Arbeitszeit zugrunde und 1931 nur eine 48stündige Arbeitszeit. Bei den ungelernten Arbeitern beträgt der Unterschied nominal 21,20 RM und real 6,40 RM.

Selbst bei Kurzarbeit mit dem Ziel, wie wir sie in unseren Betrieben durchführen, neue Arbeitskräfte einzustellen, ergibt sich, daß der heutige wöchentliche Reallohn eines gelernten Arbeiters bei 40stündiger Arbeitszeit mit 36,90 RM noch um 1,90 RM über dem Lohn von 1913 bei 54stündiger Arbeitszeit liegt, unter Zugrundelegung eines Index von 140.

Bedenkt man dabei, daß auch die Sozialabgaben von 1,6 Milliarden Mark im Jahre 1913 auf 6,1 Milliarden Reichsmark im Jahre 1929 gestiegen sind, so erkennt man die schwere Selbstkostenkrisis der deutschen Wirtschaft, auf der anderen Seite aber auch die Notwendigkeit des Staates, hier einzugreifen.

Geordnete Finanzen, tragbare Besteuerung, wiederhergestellte Konkurrenzfähigkeit, Rentabilität der Wirtschaft und damit Einschaltung der deutschen Arbeitskräfte und Ausnutzung des Produktionsapparates sowie die Belebung des Binnenmarktes müssen das Ergebnis eines zielbewußt fortgeführten Reformprogramms staatlicher Instanzen sein.

Es kann nicht dringend genug davor gewarnt werden, wie es leider jetzt schon wieder versucht wird, durch politische Konzessionen längst als falsch erkannte Maßnahmen zu treffen. Ich denke hier an die Kommissionsbeschlüsse des Reichstags auf dem Steuergebiet, die wegen Abwesenheit der rechten Opposition von einer Mehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten gefaßt werden konnten. Sollten diese Beschlüsse Gesetz werden, so würde dadurch die dringend notwendige Eigenkapitalbildung empfindlich getroffen, die Kapitalflucht gefördert. Gerade die Eigenkapitalbildung ist für unsere deutsche Wirtschaft unerläßlich, wenn sie je wieder auf gesunden Füßen stehen will. Sicherlich brauchen wir auch heute noch ausländisches Kapital. Aber wir sollten doch bedenken, daß unsere Wirtschaft per Saldo schon mit etwa 17 Milliarden an das Ausland verschuldet ist, die an Zinsen jährlich über eine Milliarde erfordern, neben 1,7 Milliarden für Reparationszahlungen. Unser Bestreben muß darauf gerichtet sein, so rasch wie möglich wieder zur wirksamen Kapitalbildung im Inland zu kommen, um unsere private Verschuldung und vor allem die Abhängigkeit vom Auslandskapital allmählich zu beseitigen.

Damit kommen wir zum Problem der internationalen Verschuldung. Wir haben hier zu trennen zwischen den privaten Schulden und den politischen Schulden. Schon die private Verschuldung erweist sich international durch ihre hohen Zinssätze und den gestiegenen Goldwert als eine schwere

Hemmung der wirtschaftlichen Belebung. Insbesondere in all den Ländern, wo die Auslandsanleihen, die jetzt verzinst und amortisiert werden müssen, zu unproduktiven Investierungen, z. B. im Rahmen eines künstlich forcierten Industrialisierungsprozesses oder für agrarische Investierungen, die jetzt durch die schwere Agrarkrise notleidend geworden sind, angelegt wurden. Hier kann nur eine rasche Konvertierung der Anleihen auf einen niedrigeren Zinsfuß Hilfe bringen.

Geradezu prohibitiv gegen eine Belebung wirkt sich aber die politische Verschuldung in der Welt aus. Diese kann als der eiserne Vorhang bezeichnet werden, der der wirtschaftlichen Freiheit in der Welt und einem neuen Aufblühen der niedergebrochenen nationalen Wirtschaften im Wege steht. Auf der einen Seite bedeutet die politische Verschuldung einen dauernden Kaufkraftentzug der Konsumentenmassen in den Schuldnerländern. Auf der anderen Seite erzeugt die Tilgung der politischen Schulden, die ja letzten Endes nur durch den Überschuß der Handelsbilanz erfolgen kann, in den Schuldnerländern einen derartigen Exportzwang, daß dadurch die Wirtschaft der Gläubigerländer ernsthaft gefährdet ist. Insbesondere bei den deutschen Reparationsleistungen handelt es sich um rein willkürlich, politisch erzwungene, unerfüllbare Zahlungsverpflichtungen. Sie müssen für den Schuldner wie für den Gläubiger ruinös wirken, weil sie nicht die Liquidierung eines vorangegangenen wirtschaftlichen Prozesses bedeuten, sondern als Verminderung des Sozialproduktes, als zusätzliche Verschuldung und gesteigerter Exportdruck in Erscheinung treten. Die mangelnde Kaufkraft in Deutschland, die sich für den amerikanischen Export äußerst gefährlich auswirkt — ist doch der Export der Vereinigten Staaten nach Deutschland im letzten Fiskaljahr um 28% gefallen —, ist letzten Endes auch eine Folge dieses Kaufkraftentzuges durch die politischen Schuldzahlungen.

Die Reparationszahlungen und die politischen Zahlungen, die sich in Frankreich und in den Vereinigten Staaten anhäufen, wirken sich entweder als Goldhortung aus und schaffen damit ein weiteres Moment für die Anspannung des internationalen Kapitalmarktes und die Steigerung des Goldwertes, oder aber sie zwingen zu oft unwirtschaftlichen Kapitalanlagen im In- und Ausland. Besonders in den letzten Jahren wurde auf diese Weise eine überstürzte Industrialisierung gezüchtet sowie die Rohstoffproduktion derart aufgebläht, daß darin ebenfalls ein wesentliches Moment für den Ausbruch der Weltkrise liegt.

Es ergibt sich also, daß eine Beruhigung der weltwirtschaftlichen Atmosphäre nur dann eintreten kann, wenn dieser eiserne Vorhang der politischen Schuldverpflichtungen aufgezogen wird. Solange dies nicht geschieht, können alle Stockungen, Krisen und Erschütterungen in der Weltwirtschaft dem kapitalistischen oder besser individualistischen System nicht zur Last gelegt werden. Ein ungestörtes Funktionieren dieses Systems würde es bedingen, daß in Zeiten der Depression allenthalben billiges Kapital angeboten wird und auf diese Weise die Konjunktur allmählich wieder von selbst

zur Belebung kommt. Die politischen Schulden aber verhindern diesen natürlichen Kreislauf und stabilisieren Kapitalknappheit und hohe Zinssätze in den wichtigsten Ländern der Weltwirtschaft.

Die endgültige Überwindung der internationalen Krise hängt wesentlich davon ab, ob die vereinzelten Stimmen der Einsicht, die aus den Vereinigten Staaten schon zu uns gedrungen sind, so starke Resonanz auch in Frankreich und England finden, daß sie ein aktives Handeln auslösen können. Zweifellos haben hier die Vereinigten Staaten den Schlüssel der Weltkrise in der Hand. Entschließen sie sich zu radikalen Mitteln, zur Sprengung der politischen Schuldfesseln, die die Weltwirtschaft an ihrem ungestörten Funktionieren hindern, so werden sie damit nicht nur ihrer eigenen Krise eine entscheidende Wendung verleihen, sondern der Welt eine neue wirtschaftliche Blüte schenken.

Unter diesen Gesichtspunkten muß auch eine Neuregelung des Reparationsproblems von seiten Deutschlands betrachtet werden. Sicherlich haben wir im Rahmen des Young-Planes die Möglichkeit, einen Aufschub zu beantragen. Dies halte ich aber für äußerst gefährlich, zumal damit an unserer Schuldverpflichtung durchaus nichts geändert ist, da wir ja in zwei Jahren den gesamten gestundeten Betrag zuzüglich der Zinsen nachbezahlen müssen. Wir können auch mit der Begründung, „daß die Währung und das Wirtschaftsleben durch den Transfer des aufschiebbaren Teils der Jahreszahlungen ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten“, den beratenden Sonderausschuß anrufen, wenn auch dessen Empfehlungen weder für Gläubiger noch Schuldner bindend sind. Es zeigt sich hier immerhin eine Möglichkeit, zu neuen Verhandlungen zu kommen. Allerdings sind dazu im gegenwärtigen Zeitpunkt unsere inneren Verhältnisse noch nicht genügend konsolidiert. Eine Zerreißung des Vertrages liegt gleichfalls außerhalb des Bereichs des Möglichen, da wir uns damit selbst jeder Vertrauenswürdigkeit und Kreditsicherheit, die wir im heutigen Zustand noch dringend benötigen, berauben würden, ganz abgesehen von den politischen Folgeerscheinungen. Es bleibt uns also gegenwärtig lediglich, mit aller Kraft im Ausland, besonders in den Vereinigten Staaten, für die Überzeugung von der Unsinnigkeit der Kriegsschuldenregelung zu werben.

Daneben aber müssen wir versuchen, unseren Export soweit wie möglich zu forcieren, um damit deutschen Händen erhöhte Beschäftigung zu geben und den Gläubigern am fühlbarsten die Konsequenzen des Young-Planes vor Augen zu führen. Bei dieser Exportsteigerung soll die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich nach Absatz 54, 55, 72 des Young-Planes und Artikel 4 des Bankstatuts Deutschland behilflich sein. Bis heute hat sie diese Aufgabe nicht erfüllt. Es muß verlangt werden, daß in Konsequenz des Neuen Planes die Internationale Bank in Basel Leihkapitalien zur wirtschaftlichen Erschließung der Gebiete ansetzt, die für die Ausdehnung des deutschen Exports von besonderer Wichtigkeit sind.

Allerdings ist die notwendige Ausdehnung unseres Exports nicht allein

von unserer Konkurrenzfähigkeit abhängig. In gesteigertem Maße treffen wir überall in der Welt Zollschranken, mit denen sich die Länder gegen unseren Export abschließen. Besonders bei den Reparationsgläubigern widerspricht dies völlig dem Sinn des Neuen Planes, wonach die Gläubiger die Zahlung der Reparationsleistungen in Form von gesteigertem Export in jeder Weise erleichtern sollten.

Welche Zukunftsaufgaben ergeben sich aus dieser protektionistischen Tendenz für unsere Handelspolitik, die dem Export den Weg bahnen soll?

Aus der theoretisch richtigen, in der Praxis aber wegen des Fehlens einer ausreichenden Weltfriedensgarantie undurchführbaren allgemeinen Freihandelstendenz ist die Welt in das andere Extrem, den Überprotektionismus, geraten. Diese Tendenz ist aber gleichbedeutend mit der Unterbindung jedes wirtschaftlichen Fortschrittes in der Welt. Es gibt kaum irgendwo völlig autarke Länder, die sich einen wie heute üblichen hohen Zollschutz auf die Dauer leisten können.

Während bisher durch Handelsvertragsverhandlungen auf der Basis der Meistbegünstigung die Schwierigkeiten des internationalen Protektionismus für unseren Export mühevoll überwunden werden mußten, scheint sich jetzt eine neue hoffnungsvolle handelspolitische Entwicklung anzubahnen. Aus der Enge des nationalen Wirtschaftsraumes streben kräftige Industriestaaten ebenso wie absatzsuchende Agrarstaaten nach größeren übernationalen Wirtschaftsräumen, die für einen größtmöglichen Anteil der Produktion Ausgleich in sich bieten und nach außen hin als starke Handelsvertragspartner auftreten können.

Begonnen wurde diese Tendenz äußerst zielbewußt in den Vereinigten Staaten, die mit Dollar und Gewehr nach Norden und insbesondere nach Mittel- und Südamerika ihre Einflußsphäre ausbreiteten. Als Ziel zeichnet sich der panamerikanische Wirtschaftsraum von Alaska bis zum Kap Horn ab.

Auch in Europa scheint dieses Ziel des regionalen Wirtschaftsraumes allmählich festere Formen anzunehmen. Für die südosteuropäischen Staaten, wie Jugoslavien, Rumänien und Ungarn, wird die Absatzfrage für ihre landwirtschaftlichen Produkte nachgerade zu einer Existenzangelegenheit. Den notwendigen Absatz finden sie zum überwiegenden Teil in Deutschland. Was liegt für diese Staaten näher, als mit Deutschland, dem kräftigsten Partner, eine Verständigung auf wirtschaftlichem Gebiet zu suchen? Deutschland auf der anderen Seite hat mit Österreich erhebliches Interesse an der Entwicklung des südosteuropäischen Absatzmarktes für industrielle Produkte. Wenn im gegenwärtigen Zeitpunkt auch nur 4% unseres Exportes in Südosteuropa Aufnahme finden, so steht doch zweifellos fest, daß die wirtschaftliche Entwicklung dieses Raumes, die durchaus schon in den nächsten Jahrzehnten möglich ist, die Aufnahme industrieller Produkte aus Deutschland um das Mehrfache steigern kann. Handelspolitisch wird letzten Endes eine Verständigung zwischen Deutschland, Österreich und den südosteuropäischen Staaten die Form einer Zollunion finden müssen, da durch Vereinbarungen auf diesem

Gebiete der übrige deutsche Export nicht gefährdet werden darf. Nur die Zollunion bleibt im Rahmen des Meistbegünstigungsprinzips, das unbedingt aufrechterhalten werden muß.

Durch diese regionale Wirtschaftskombination kann das europäische Problem von der Südostecke aus aufgerollt werden. Selbst wenn es gelingt, im Südosten zu einer tragbaren Regelung zu kommen, bleibt doch für eine endgültige Regelung des europäischen Problems die Frage einer wirtschaftlichen Verständigung mit Frankreich zu lösen. Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Sofia wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf. Denn während überall in der Welt neue Wirtschaftsräume zur Aktivierung schreiten, während sich ein panamerikanischer, ein indischer, ein chinesischer Wirtschaftsraum vorbereitet, droht Europa durch seinen inneren Zwist immer mehr an Bedeutung zu verlieren, zumal Rußland als mächtiger Wirtschaftsraum aus dem europäischen Gefüge ausgebrochen ist und England seine Interessen in seinem überseeischen Imperium gebunden sieht. Eine Konsolidierung und eine neue Blüte Europas kann nur von der gezeichneten Linie aus erfolgen. Während im Südosten die wirtschaftliche Vernunft über politische Starrheit zu siegen scheint, werden im Westen zur Zeit die Stimmen der Einsicht und der Klugheit noch von dem Geschrei chauvinistischer Agitatoren übertönt. Die Völker Mitteleuropas werden bald zu wählen haben, ob sie in vertrauensvoller wirtschaftlicher Zusammenarbeit eine neue Zukunft aufbauen wollen, oder ob sie in ihrer Zerrissenheit eine willkommene Angriffsfläche, wirtschaftlich und politisch, fremden Rassen und fremden Mächten bieten wollen.

Ebenso wie im Einzelleben handelt es sich auch im Völkerleben darum, persönliche Interessen, liebgewordene Ansichten und Traditionen zurückzustellen hinter die Interessen der ganzen Nation. Wir Deutschen werden die schwerste Leistung seit dem Kriege vollbracht haben, wenn die Krise überwunden ist. Den neuen Aufschwung aber werden wir nur mit einer Gemeinschaftsgesinnung erkämpfen können, die das Schicksal des einzelnen zurücktreten läßt und über alles das Wohl der Nation stellt.

Nur dann wird uns ein sicherer und dauernder Aufstieg gelingen, wenn wir das Wort unseres großen Philosophen Fichte zum Geleit nehmen:

> „Es wird sicherlich nie wieder irgendein Wohlsein an uns kommen, wenn nicht jeder einzelne unter uns in seiner Weise tut und wirket, als ob lediglich auf ihm das Heil des künftigen Geschlechtes beruhe."